

Zugegriffen



Hans-Ulrich Brandt
über den Bau
neuer Marineschiffe

Neue Schiffe braucht das Land, so sieht es plötzlich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Und in der Tat: Die in der Vergangenheit mächtig zusammengesparte Marine kann die vielen von der Politik für unvermeidlich gehaltenen Missionen und Operationen, egal, ob nun am Horn von Afrika oder in der Ägäis, ohne zusätzliche Schiffe nicht mehr stemmen.

Da ist es einleuchtend, neue zu bestellen. 1,5 Milliarden Euro hat der Haushaltshausschuss dafür genehmigt; komisch nur, dass die Forderung dazu gar nicht aus dem Verteidigungsministerium kam, sondern von den Haushaltern. Die „Marine-Lobbyisten“ aus dem Norden, so ist zu hören, hätten den ersten Stein ins Wasser geworfen. Und von der Leyen, die noch im März gar keinen Aufstockungsbefehl bei den Korvetten gesehen hatte, greift nun dankbar zu.

Fraglich nur, wer die fünf neuen Korvetten bauen darf? Den Großauftrag einfach als Folgeauftrag ohne neue Ausschreibung der Lürssen-Werft zukommen zu lassen, wäre zwar eine gute Nachricht für das wirtschaftlich arg gebeutelte Bremen. Mit transparenter Rüstungsbeschaffung, wie von der Leyen versprochen, hätte das aber nichts zu tun.

Bericht Seite 1

hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de



Neulich beim Parteitag in Münster

Ralf Böhme

Klare Grenzen



Peter Mlodoch
über die Aufgaben
von Wasserversorgern

Was darf ein Wasserverband? Als öffentlich-rechtlichem Versorger ist ihm eine wirtschaftliche Tätigkeit auf fachfremdem Gebiet untersagt. Doch es lässt sich freilich streiten, was zum Aufgabenkatalog gehört. Ein Spielcasino ist sicher ebenso tabu wie eine Tankstelle. Auch eine Bio-Fleischerei klingt im ersten Moment nicht schlüssig. Der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband nennt als Grund für den Betrieb schulische Lehrzwecke: Man könnte hier sehr schön die Zusammenhänge zwischen Grundwasserschutz und Landwirtschaft aufzeigen.

Das Argument mag man als an den Haaren herbeigezogen bezeichnen. Auf jeden Fall zeigt der Streit, wie dringend eine gesetzliche Klarstellung ist. Dass ein Wasserverband eine Windanlage betreibt, um Energie für die Abwasseraufbereitung nebenan zu gewinnen, sollte erlaubt werden. Ein Tochterunternehmen, das gewöhnliche gewerbliche Dienstleistungen anbietet und in Konkurrenz zu Privatfirmen tritt, gehört dagegen verboten. Rot-Grün sollte daher mit seiner Gesetzesnovelle nicht nur die Kontrollen für die Wasserverbände verschärfen, sondern auch klare Grenzen für deren Tätigkeitsfelder ziehen.

Bericht Seite 15
niedersachsen@weser-kurier.de

Militärische Kosmetik in einem gescheiterten Krieg



Agnes Tandler
über die Situation
in Afghanistan

Vor dem deutschen Konsulat in Mazar-e-Scharif klapft ein riesiger Krater im Boden, die hohe Mauer um das Gelände ist eingebrochen, umliegende Häuser liegen in Schutt. Am Donnerstagabend explodierte ein mit Sprengstoff beladener Lastwagen vor der hochgesicherten diplomatischen Vertretung, die ein paar Hundert Meter von der berühmten Blauen Moschee entfernt ist. Anschließend versuchten Taliban-Kämpfer, sich Zutritt zum Grundstück zu verschaffen und lieferten sich einen erbitterten Kampf mit deutschen und afghanischen Sicherheitskräften, die das Konsulat bewachten. Mindestens sechs Menschen starben und über 120 wurden bei dem Attentat verletzt. Die 21 Konsulatsmitarbeiter konnten heil evakuiert werden.

Masar zehn Menschen, als die Taliban das Büro des Staatsanwaltes der Provinz stürmten. Im Mai ersuchte eine Abgeordnete des Provinzparlaments Asyl in Deutschland. Sie hatte mindestens einen Anschlag auf ihr Leben überlebt.

Angesicht der prekären Lage erscheint die Aufrechterhaltung hochbewachter Konsulate und Botschaften in Afghanistan immer mehr als eine kosmetische Maßnahme, die nur unzureichend verdeckt, dass der Krieg gegen die Taliban, der 2001 begonnen hatte, gescheitert ist. Drogen sucht, Arbeitslosigkeit, Korruption und Misswirtschaft prägen den Alltag der Einwohner in Mazar. Internationale

Taliban trägt, hat Mühe, sich gegen die Aufständischen zu behaupten. Da der Krieg sich inzwischen auf alle Landesteile ausgeweitet hat, reichen seine Ressourcen kaum aus.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres starben über 5500 afghanische Sicherheitskräfte, fast 10 000 wurden verwundet. Die USA unterstützt die afghanischen Streitkräfte mit der Luftwaffe, doch das ist besonders in dicht besiedelten Gebieten problematisch. Bei einem Bombenangriff in Kundus kamen Anfang November Dutzende Menschen ums Leben – die Mehrheit von ihnen Frauen und Kinder. Die Taliban haben erklärt, der Anschlag auf das deutsche Konsulat in Mazar sei ein Racheakt dafür. Afghanistans Bevölkerung gerät immer mehr zwischen die Fronten. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden 1601 Zivilisten getötet – die höchste Zahl seit Beginn der Erhebungen im Jahre 2009.

Die Zentralregierung in Kabul ist schwach, zerstritten und finanziell komplett auf die Unterstützung des Westens angewiesen. Sollte der künftige US-Präsident Donald Trump die amerikanische Sicherheitspolitik neu ausrichten, die USA stärker abschotten und in der Folge der afghanischen Regierung den Geldhahn zudrehen, würde die Regierung in Kabul zusammenbrechen.

Afghanistan rüstet sich bereits für eine unsichere Zukunft. Die Opiumproduktion ist im vergangenen Jahr um 43 Prozent gestiegen. Die Fläche, auf dem die Schlafmohn angebaut wird, wuchs um zehn Prozent. Weil Opium leicht zu lagern und zu transportieren ist und der Marktpreis pro Kilo weit höher liegt als für alle anderen landwirtschaftlichen Produkte, gilt das Rauschgift vielen Familien als eine Art Lebensversicherung für schlechte Zeiten.

politik@weser-kurier.de

Der Westen bemüht sich, ein rosarotes Bild zu zeichnen.

Hilfsprogramme haben ihr Engagement stark zurückgefahren. Die Sicherheitslage lässt es kaum mehr zu, sinnvolle Arbeit zu leisten – schon gar nicht außerhalb der Hauptstadt Kabul.

Der Westen bemüht sich, weiter ein rosarotes Bild der Lage zu zeichnen. Eine Analyse des US-Militärs kam im November zum Schluss, dass die Taliban acht von 407 Distrikten im Land kontrollieren und in 25 über Einfluss verfügen. Die wahre Zahl dürfte bei über 100 liegen, und selbst das ist eher eine konservative Schätzung. Kundus, eine strategisch wichtige Stadt im Norden, ist bereits zweimal von den Taliban gestürmt worden, das letzte Mal Anfang Oktober. Es ist schwer zu sagen, wer hier eigentlich an der Macht ist.

Das afghanische Militär, das nun die Hauptlast des Kampfes gegen die

Saarbrücker Zeitung

über den 1000. „Tatort“: „Mit dem ‚Tatort‘ hat die ARD tatsächlich die einzige eierlegende Wollmilchsaus des Fernsehens im Stall. Der ‚Tatort‘ ist Unterhaltung, ist Lehrstück ist Zeitkritik. Und, von der Fußball-WM abgesehen, die letzte einende TV-Instanz in einer sich atomisierenden Medienzeit. Mehr als 13 Millionen schauen in der Spitzzeit zu. In 999 Folgen, diesen Sonntag läuft Nummer 1000, hat das große Fernsehspiel seit 1970 alle Milieus der Republik ausgeleuchtet. Hat der ‚Scheiß‘ brüllende Schimanski die deutsche Beamenschaft provoziert. Was Menschen hierzulande umtreibt, wird sonntags, 20.15 Uhr, exemplarisch durchgespielt. Ähnlich umfassend wie in der ‚Lindenstraße‘, bloß nicht so nervend gutmenschlich.“

Der Tagesspiegel

über Arzneimitteltests an Demenzkranken: „Der Schutz für die Schutzbedürftigen im Land wird aufgeweicht. An Dementen und anderen nichteinwilligfähigen Erwachsenen darf nun auch Arznei erprobt werden, die ihnen selber gar nicht nützt. Bisher war das verboten. Aus gutem Grund. Wenn es bei Arzneistudien nicht primär um Heilung oder Krankheitslinderung für den jeweiligen Patienten geht, besteht die Gefahr einer Verzweckung. Solche Tests sind schon problematisch bei Gesunden, die mit Aufwandsentschädigungen gelockt werden. Bei Demenzkranken ist das Missbrauchsrisiko noch viel größer.“

KORREKTUR

Im Bremer Lokalteil unserer Freitagausgabe ist uns ein Fehler unterlaufen. Der angekündigte Luftfahrt-Workshop fand bereits im vergangenen Jahr statt. Wir bitten Sie, den Fehler zu entschuldigen.

Dieses Symbol kennzeichnet Augmented-Reality-Effekte. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App WESER-KURIER Live können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER-KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten

WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten

TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG

Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführende Redakteure:

Alexandra-Katharina Kütemeyer, Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefreporter Kultur/Medien: Hendrik Werner · Politik: Jörg Helge Wagner · Bremen: Matthias Sonnenberg · Wirtschaft: Philipp Jakin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Marc Hagedorn · Regionalleitung: Peter Voith · Regionales: Antje Borstellmann, Michael Brandt, Bernhard Komesker (kom.) · Leiter Zentralredaktion: Markus Peters · Leiter Sonderberichten: Steffen Dammann · Art-Direktor: Franz Berding · Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung) · Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Djürken
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 12 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/3671000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonnementservice@weser-kurier.de
abonnementservice@bremer-nachrichten.de

Nachlese-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/3671000 Telefax: 0421/3671000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/3671655
Telefax: 0421/3671100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/3671010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Jakob Knab

über militärische Traditionspflege

Im kommenden Jahr wird die „Theodor-Blank-Kaserne“ in Rheine-Bentlage aufgegeben. Damit erlischt auch ein Traditionssname, der für Westbindung und für die Orientierung an den Grundwerten unserer freiheitlichen Verfassung steht. Blanks bleibende Verdienste sind die Wehrgesetze: Einbindung des Militärs in die demokratische Grundordnung, Primat der Politik (im Unterschied zu Staat im Staate), parlamentarische Kontrolle, Amt des Wehrbeauftragten sowie zuvor der Innere Führung.

Theodor Blank ist der Gründervater der Bundeswehr. Ab Oktober 1950 leitete der

rheinische Katholik, christliche Gewerkschafter und ehemalige Oberleutnant der Reserve das „Amt Blank“. Zehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht überreichte Minister Blank den ersten 101 Freiwilligen der Bundeswehr die Ernenntungsurkunden. Es war der 12. November 1955, der Tag, an dem 200 Jahre zuvor der preußische Militärreformer Scharnhorst geboren worden war.

Minister Blank hatte dieses Datum mit Bedacht gewählt, denn beim Aufbau der Bundeswehr wollte er an eine historisch unbelastete Tradition anknüpfen. Sein Wehrprogramm blieb allerdings umstritten. Blank streckte resigniert die Waffen – so wurde er bereits im Oktober 1956 durch seinen politischen Gegenspieler Franz Josef Strauß (CSU) abgelöst und ersetzt.

Mit der Auflösung der „Theodor-Blank-Kaserne“ erlischt, wie bereits ausgeführt, auch der Traditionssname „Blank“. Falls im kommenden Jahr Gründerkaserne Blank stillschweigend und verschämt zu Grabe getragen wird, aber zugleich Wehrmachtshelden wie Oberst Helmuth Lent („unser Lent“), Hauptmann Hans-Joachim Marseille („Unser Jochen“, „Stern von Afrika“), Generalmajor Adelbert Schulz („Panzer-Schulz“), Generalfeldmarschall Erwin Rommel („Wüstenfuchs“) und Feldwebel Diedrich Lilenthal („unser Dierk“) in der Bundeswehr weiter als traditionswürdige Vorbilder hingestellt werden, wird das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ ungläubig würdig.

Indes: Es würde Rotenburg gut zu Gesicht stehen, die dortige Lent-Kaserne in Blank-Kaserne umzubenennen. In der Wümme-Stadt ist aktuell ein heftiger

Streit entbrannt, ob die Kaserne weiterhin den Namen des Nachtwächter-Piloten aus dem Zweiten Weltkrieg tragen soll. Eine wissenschaftliche Untersuchung aus dem Jahr 2013 stützt die Befürworter einer Umbenennung. Traditionspflege ist auch Geschichtspolitik.



Unser Gastautor
ist Gründer und Sprecher der „Initiative gegen falsche Glorie“. Der Publizist und Stu- diendirektor a.D. unterrichtete Englisch und katholische Reli- gionslehre am Jakob-Brucker-Gymnasium in Kaufbeuren bis 2015.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Blank statt Lent

Mit der Auflösung der „Theodor-Blank-Kaserne“ erlischt, wie bereits ausgeführt, auch der Traditionssname „Blank“. Falls im kommenden Jahr Gründerkaserne Blank stillschweigend und verschämt zu Grabe getragen wird, aber zugleich Wehrmachtshelden wie Oberst Helmuth Lent („unser Lent“), Hauptmann Hans-Joachim Marseille („Unser Jochen“, „Stern von Afrika“), Generalmajor Adelbert Schulz („Panzer-Schulz“), Generalfeldmarschall Erwin Rommel („Wüstenfuchs“) und Feldwebel Diedrich Lilenthal („unser Dierk“) in der Bundeswehr weiter als traditionswürdige Vorbilder hingestellt werden, wird das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ ungläubig würdig.

Indes: Es würde Rotenburg gut zu Gesicht stehen, die dortige Lent-Kaserne in Blank-Kaserne umzubenennen. In der Wümme-Stadt ist aktuell ein heftiger